

Red Hat

Digitale Transformation benötigt mehr Flexibilität

[21.10.2026] EU-Vorgaben und Sicherheitsanforderungen ändern sich ähnlich schnell wie die einzelnen Service-Leistungen für Bürger. Die Kombination aus Open Source und lokalen Partnern verspricht dabei sowohl Handlungsfähigkeit als auch weiterhin konsistente Arbeitsweisen. Ein Gastbeitrag von Martin Hosken, Red Hat.

An Anforderungen mangelt es nicht: Europäische Behörden müssen die Kontrolle über Bürgerdaten sichern und zugleich digitale öffentliche Dienstleistungen verbessern. Die dafür notwendige Infrastruktur stammt jedoch vielfach aus einer Zeit, in der Geschwindigkeit weniger entscheidend war. Veraltete Anwendungen, getrennte Betriebsmodelle und fehlende gemeinsame Standards für den Weg von Software in den produktiven Betrieb sind Relikte dieser Zeit.

Mit den wachsenden Anforderungen an die digitale Souveränität steigen die Ansprüche sprunghaft. Dabei geht es längst nicht mehr nur darum, wo Daten gespeichert werden. Entscheidend ist, ob eine Verwaltung ihre Technologie selbst kontrollieren, den Betrieb unabhängig absichern und ihre Systeme an veränderte wirtschaftliche, finanzielle und regulatorische Rahmenbedingungen anpassen kann.

Wer Open Source als transparente, konsistente Grundlage versteht und bei der Umsetzung mit erfahrenen Partnern arbeitet, kann die Modernisierung an den Möglichkeiten der bestehenden IT-Landschaft ausrichten. Wer dagegen auf die endgültige Klärung rechtlicher Rahmenbedingungen wartet, riskiert, dass die Systeme des vergangenen Jahrzehnts auch im nächsten Regierungsmandat noch im Einsatz sind.

Modernisierung muss mit der bestehenden IT-Landschaft funktionieren

Die „Digital Decade“, die Vision der Europäischen Union für eine digitale Transformation, die Bürger und Unternehmen stärkt, sieht weiterhin vor, dass bis 2030 ganze 100 Prozent der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen online zugänglich sind. Der [Bericht „State of the Digital Decade 2026“](#) der Europäischen Kommission geht jedoch davon aus, dass bis 2030 nur rund 90 Prozent dieses Ziels erreichbar sind.

Die gute Nachricht: Öffentliche Verwaltungen müssen nicht auf der grünen Wiese starten. Entscheidend ist, bestehende Systeme etwa für Rentenzahlungen, Verkehrssteuerung oder Gesundheitsdaten in eine moderne Application Platform zu überführen. Dafür braucht es zeitgemäße Entwicklungs- und Bereitstellungsprozesse sowie Spielraum für künftiges Wachstum. Gleichzeitig binden Legacy-Systeme finanzielle Mittel und Ressourcen, die für die Modernisierung fehlen. Die entscheidende Frage lautet daher: Wie lässt sich modernisieren, ohne Systeme zu beeinträchtigen, die heute zuverlässig funktionieren?

Wie das aussehen kann, zeigt sich anhand von ersten erfolgreich umgesetzten Projekten. So konnte beispielsweise [EUROCONTROL](#) IT-Systeme ersetzen, die seit 25 Jahren im Einsatz sind und jährlich bei der Abwicklung von elf Millionen Flügen unterstützen. Das [britische Verteidigungsministerium](#) hat hingegen erfolgreich den IT-Zugang standardisiert. Eigene Teams und zugelassene Drittanbieter können dadurch auf einer gemeinsamen digitalen Grundlage über eine komplexe IT-Landschaft hinweg arbeiten.

Viele zivile Behörden stehen dagegen noch am Anfang dieser Entwicklung. In Bereichen wie Gesundheit, Justiz, Sozialleistungen und kommunaler Verwaltung wird die moderne Bereitstellung von Anwendungen vielfach noch als spezialisiertes Projekt verstanden.

Open Source verbindet Konsistenz mit Wahlfreiheit

Klar ist, dass öffentliche Organisationen ihre IT nicht für jede neue regulatorische Anforderung grundlegend umbauen können. Nach dem [EU AI Act](#) müssen beispielsweise Krankenhäuser, Finanzbehörden oder Sozialleistungsträger, die KI in bürgernahen Prozessen einsetzen, nachvollziehbar darlegen können, wie die Systeme überwacht werden, auf welchen Technologien sie basieren und ob die Organisation in der Lage ist, sie anzupassen.

Das ist eine Aufgabe für die Plattform und das zugrunde liegende Operating Model. Gleiches gilt für weitere europäische Anforderungen an Datenschutz, operative Resilienz und die Integrität der Software-Lieferkette. Der Bericht der Europäischen Kommission zur Digital Decade zeigt zudem, dass Open Source bereits 70 bis 90 Prozent des Codes der digitalen Wirtschaft ausmacht. Öffentliche Verwaltungen müssen diese technologische Grundlage daher entweder aktiv steuern oder sie unkontrolliert als Bestandteil veralteter Systeme übernehmen.

Als Bindeglied zwischen Konsistenz und Flexibilität dient dabei immer öfter ein Enterprise-Open-Source-Ansatz. Einsehbarer Code und offene Standards geben Verwaltungen eine einheitliche Grundlage für den Betrieb ihrer Services, auch wenn sich Anforderungen verändern. Das gilt ebenso für den Einsatz in einem nationalen Rechenzentrum, einer lokalen Sovereign Cloud oder über einen Managed Service. Gleichzeitig wird die IT-Landschaft nicht an einen einzigen proprietären Technologie-Stack gebunden. Neben einheitlichen Vorgehensweisen bei der Entwicklung, Absicherung und dem Betrieb von Anwendungen, egal wo Workloads ausgeführt werden, ist die Flexibilität dabei die zweite tragende Säule. Sie stellt sicher, dass dieses Modell auch bei wachsenden Organisationen und sich verändernden Anforderungen funktioniert und der Betrieb aufrecht erhalten wird. Etwa dann, wenn sich ein Lieferantenvertrag oder geopolitische Rahmenbedingungen ändern.

Lokale Partner machen offene Plattformen zu verlässlichen Lösungen

Nur wenige öffentliche Organisationen verfügen über ausreichend umfassende Kompetenzen in den Bereichen Plattformbetrieb und Security, um ihre Modernisierung vollständig allein umzusetzen. Digitale Souveränität entsteht daher nur selten durch die Zusammenarbeit mit einem einzelnen Anbieter. Lokale Cloud-Provider, Systemintegratoren und Managed-Service-Partner stehen Ministerien, Klinikverbünden oder Kommunen häufig näher als ein global agierendes Softwareunternehmen. Sie erbringen Managed Services, unterstützen bei der Umsetzung und beraten auf Grundlage lokaler rechtlicher Rahmenbedingungen und gewachsener Beziehungen. Und sie sind auch in fünf Jahren noch Ansprechpartner für den CIO.

Wie das im zivilen Bereich funktionieren kann, zeigt das [Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main](#). Die föderierte Public-Health-Plattform GA-Lotse basiert auf Red Hat, während [VSHN](#) den laufenden Betrieb der Plattform übernimmt. Die Behörde muss diese Ebene daher nicht mit eigenen Ressourcen abdecken. Der Clou: Die einzelnen Stadtbezirke behalten ihre eigenen Anwendungen und Bürgerdaten. Frankfurt nutzt die Plattform für Untersuchungen im Vorschulbereich und Hygienekontrollen – mit einem jährlichen Volumen von 7.000 Gesundheitschecks und 45.000 zahnmedizinischen Untersuchungen. Open Source

wird damit für eine öffentliche Organisation genau dann zur praktischen Realität, wenn ein lokaler Partner die Plattform betreiben, beraten und langfristig begleiten kann.

()

Stichwörter: Open Government, Red Hat, Gesundheitsamt Frankfurt/Main, Open Source, Open Source Software (OSS)